



Niederschrift

7. Sitzung Hauptausschuss
17. März 2020, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

7.

Punkt 7 der Tagesordnung: Anpassung der Aufsichtsratsvergütung bei städtischen Beteiligungsgesellschaften

Vorlage: 2019/1140

dazu:

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2019/1230

Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt der als Anlage beigefügten Anpassung der Aufsichtsratsvergütungen zum 1. Februar 2020 zu. Demnach werden die Sitzungsgelder grundsätzlich von bisher 75 € auf 100 € erhöht. Bei den personenidentisch besetzten Aufsichtsräten von KBG – Karlsruher Bädergesellschaft und Fächerbad Karlsruhe GmbH erfolgt eine Erhöhung der Sitzungsgelder von bisher jeweils 50 € auf 75 €. Keine Änderungen erfolgen bei den ebenfalls personenidentisch besetzten Aufsichtsräten von KME Karlsruhe Marketing und Event GmbH, KTG Karlsruhe Tourismus GmbH und Stadtmarketing Karlsruhe GmbH i. L. (derzeit bereits jeweils 75 €).

Der Hauptausschuss ermächtigt die städtischen Vertreter, in den Gesellschafterversammlungen der betroffenen Gesellschaften die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

Abstimmungsergebnis:

Bei zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitliche Zustimmung zu geändertem Beschluss (Anpassung der Aufsichtsratsvergütungen zum 1. Juli 2020)

Der Vorsitzende ruft TOP 7 zur Behandlung auf. Er schlägt vor, obwohl noch nicht alle Fragen beantwortet seien, heute diesen Beschluss zu fassen aber dieses Thema dennoch weiter zu diskutieren.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) stellt fest, dass bereits seit 19 Jahren keine Anpassung stattgefunden habe. Er sehe in der Erhöhung der Sitzungsgelder auch eine Wertschätzung der Kollegen und Kolleginnen, die sich in diesen Gremien einbringen würden. Er schlägt vor, die Erhöhung ab Beginn der Legislaturperiode durchzuführen.

Stadtrat Hock (FDP) teilt mit, dass von dieser Forderung Abstand genommen werde, da in dieser Zeit wichtigeren Dingen der Vorrang gegeben werden sollte.

Stadtrat Löffler (GRÜNE) sieht weiter das Problem, dass keine Angleichung durchgeführt werde. Die monatlichen Vergütungen seien höchst unterschiedlich. Er zeigt sich unzufrieden mit der vorgeschlagenen Lösung.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) sieht ebenfalls die Notwendigkeit, die monatlichen Entgelte weiter zu bearbeiten.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) sieht ebenfalls den Zeitpunkt der Beschlussfassung kritisch.

Der Vorsitzende verweist auf die historische Entwicklung der Vergütungen. Es sei kaum möglich hierzu Transparenz zu schaffen. Er schlägt vor, für die Zukunft eine neue Systematik zu entwickeln. Die Erhöhung werde als moderat angesehen, da sie unter der Preisentwicklung der vergangenen Jahre liege. Weiter schlägt er vor, die Erhöhung nicht rückwirkend sondern ab 1. Juli durchzuführen und den vorliegenden Beschluss dahingehend zu ändern. Er stellt nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bei zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung die mehrheitliche Zustimmung zum geänderten Beschluss (Anpassung zum 1. Juli 2020) fest. Der Änderungsantrag der GRÜNEN-Fraktion werde als erledigt betrachtet.

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten-

2. April 2020